



NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

© Daniel Gimmer, Pulswerk

Ausgabe vom 18. Februar 2022



Inhalt

Corona-
Pandemie

Konflikt Russland
- Ukraine

Energiepreis-
entwicklung und
Inflation

KfW-
Förderbescheide
für den Wahlkreis

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

nach zwei Jahren Pandemie scheint derzeit die Hoffnung zu wachsen, dass mit dem Abebben der Omikron-Welle das Schlimmste bald überstanden sein könnte. Doch keiner kann voraussagen, was möglicherweise im Herbst kommt. Unser wirksamster Schutz ist eine hohe Impfquote.

Zunächst gilt es in diesem Zusammenhang, die praktische Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht mit Ländern, Kommunen und Gesundheitsämtern anzugehen. Die Umsetzung wirft nach wie vor viele Fragen auf, die bisher von der Ampel nicht beantwortet wurden.

Mit dem Beginn des Frühlings am 20. März werden Lockerungen eintreten. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben am Mittwoch einen Drei-Stufen-Plan beschlossen. Die tiefgreifenden Corona-Schutzmaßnahmen werden weitgehend entfallen, die Maskenpflicht will man danach noch weiter beibehalten. Diese "Exit-Strategie" ist ein Schritt in die richtige Richtung - vorausgesetzt, dass wir keine Verschlechterung des Infektionsgeschehens erleben. Ich glaube, es ist auf jeden Fall der richtige Weg, den Menschen so schnell wie möglich ihre Freiheitsrechte zurückzugeben.

Fernab von Corona beschäftigt mich nach wie immer noch die angespannte Lage zwischen Russland und der Ukraine, sowie die steigenden Energiepreise und die Inflation.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieses Newsletters. Bleiben Sie gesund.

Herzliche Grüße

Hermann Färber
Ihr Hermann Färber MdB

Corona-Pandemie

Derzeit wächst die Hoffnung, dass mit dem Abebben der Omikron-Welle die Corona-Pandemie bald überstanden sein könnte. Verantwortungsvolle Lockerungen nach dem beschlossenen Drei-Stufen-Plan und eine hohe Impfquote sind entscheidende Faktoren. Ebenso gilt es in diesem Zusammenhang, die praktische Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht mit Ländern, Kommunen und Gesundheitsämtern anzugehen.

Die Umsetzung wirft nach wie vor viele Fragen auf, die bisher nicht beantwortet wurden. Viele Einrichtungen und Dienste befürchteten, ab dem 16. März 2022 die von ihnen betreuten Menschen nicht mehr angemessen versorgen zu können. Daher hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag eingereicht, in dem wir fordern, dass insbesondere arbeitsrechtliche Fragen zu klären sind, falls der erforderliche Impfnachweis nicht vorgelegt werde.

In einem weiteren Antrag fordern wir, die Verkürzung der Dauer des Genesenenstatus von sechs auf drei Monate wieder zurückzunehmen und damit der europaweiten Regelung anzugleichen.

Links zu den Anträgen

Antrag zu arbeitsrechtlichen Fragen:

Einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt solide vorbereiten

Link: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/006/2000687.pdf>

Antrag zu Genesenenstatus:

Planungssicherheit geben und gemeinsam europäisch handeln – Dauer des Genesenen-Status wieder auf 180 Tage anheben und einheitliche Quarantäneerleichterungen für reisende Familien mit Kindern

Link: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/006/2000690.pdf>

Impfen ist und bleibt meiner Meinung nach das Schlüsselement im Kampf gegen Corona. Unsere Nachbarn, wie beispielsweise Dänemark, sind uns hier voraus und konnten schon etwas früher lockern, weil sie sehr schnell eine Impfquote von rund 90 % erreicht haben und eine sehr gute Datenbasis über den Impfschutz und den Impfstatus in der Bevölkerung vorliegt. Diese Datenbasis hilft sehr, wenn es um die Frage von Lockerungen geht.

Auch bei uns werden mit dem Beginn des Frühlings am 20. März 2022 Lockerungen eintreten. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer haben am Mittwoch einen Drei-Stufen-Plan beschlossen. Die tiefgreifenden Corona-Schutzmaßnahmen werden weitgehend entfallen, die Maskenpflicht will man aber auch danach weiter beibehalten. Genaueres zu den Lockerungen finden Sie auch unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/corona-mpk-bund-laender-2005752>.

Öffnen in drei Schritten Verantwortungsbewusst und kontrolliert

Schritt 1 ab sofort

Private Zusammenkünfte

- Für Geimpfte und Genesene wieder ohne Begrenzung der Teilnehmerzahl möglich
- Für Ungeimpfte gilt bis 19. März weiterhin: eigener Haushalt + max. 2 Personen eines weiteren Haushalts*

Einzelhandel

- Keine Zugangsbeschränkungen und Kontrollen, aber weiterhin Masken tragen

Schritt 2 ab 4. März 2022

Gastronomie und Übernachtungsangebote

- 3G

Diskotheken und Clubs öffnen

- 2G-Plus

Großveranstaltungen

- 2G bzw. 2G-Plus
- Innen max. 60 % Auslastung und max. 6.000 Zuschauer
- Außen max. 75 % Auslastung und max. 25.000 Zuschauer

Schritt 3 ab 20. März 2022

Strengere Schutzmaßnahmen enden weitgehend

- z. B. Zugangsbeschränkungen

Basisschutzmaßnahmen gelten weiter

- z. B. Maskenpflicht in Innenräumen

Homeoffice-Pflicht endet

Bitte beachten Sie die konkreten Bestimmungen in Ihrem Land.

* Kinder unter 14 Jahren werden nicht mitgezählt. © Bundesregierung

Corona-Pandemie

Diese "Exit-Strategie" ist ein Schritt in die richtige Richtung. Vorausgesetzt, dass wir keine Verschlechterung des Infektionsgeschehens erleben. Ich glaube, es ist auf jeden Fall der richtige Weg, den Menschen so schnell wie möglich ihre Freiheitsrechte zurückzugeben. Allerdings muss dies in einem verantwortungsvollen Rahmen passieren. Der Stufenplan der richtige Ansatz. Dennoch müssen wir dabei parallel immer den Blick auf zwei wichtige Faktoren richten: nicht nur die Inzidenz sondern auch die Hospitalisierungsrate. Wir müssen jederzeit in der Lage sein, im Notfall auch wieder schnell auf ein verändertes Infektionsgeschehen reagieren zu können.

Konflikt Russland - Ukraine

Fernab von Corona beschäftigt uns nach wie immer noch die angespannte Lage zwischen Russland und der Ukraine. Als Bundesrepublik Deutschland haben wir ein grundsätzliches Interesse an guten Beziehungen mit Russland. Die deutsch-russischen Beziehungen sind vielfältig und reichen weit in die Geschichte zurück. Aber: der Westen braucht eine geschlossene Haltung gegenüber Russland. Die Souveränität der Ukraine ist unantastbar. Sie hat somit auch die freie Wahl, der NATO beizutreten oder nicht.

Im Ernstfall müssen alle Optionen eines Sanktionspakets auf dem Tisch liegen. Klar ist für uns: Für den Deutschen Bundestag hat der transatlantische Schulterschluss allerhöchste Priorität. Daher forderten wir die Bundesregierung dazu auf, einen klaren Kurs in der Russland-Politik einzuschlagen. Unseren entsprechenden Antrag mit dem Titel „Russlands Politik mit der Geschlossenheit des Westens entgegentreten“ finden Sie unter <https://dserver.bundestag.de/btd/20/006/2000692.pdf>.

Energiepreisentwicklung

Momentan explodieren unsere Energiepreise. Das belastet alle Bürgerinnen und Bürger - von Haushalten mit geringem Einkommen bis hin zu mittelständischen Unternehmen und den Kommunen. Im Vergleich zum Jahresvormonat wurde Heizen über 50 Prozent teurer, Tanken kostet fast 25 Prozent mehr und die Strompreise sind um 11 Prozent gestiegen.

Da der Energiepreis zum Teil aus öffentlichen Steuern und Abgaben besteht, verzeichnet der Staat gerade Mehreinnahmen. Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben die Regierung daher mit einem Antrag aufgefordert gegenzusteuern. Die Maßnahmen, die wir vorschlagen, werden zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, die unter der Inflation der Energiepreise leiden, beitragen.

Die Ampel ist natürlich nicht Schuld an der Inflation, aber sie steht in der Verantwortung und muss unsere Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen der Inflation schützen. Das heißt: schnell die EEG-Umlage abschaffen, die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz absenken und den Heizkostenzuschuss ausweiten. Wir fordern darüber hinaus, dass die Regierung Vorsorge trifft, damit es nicht erneut zu einem derartigen Chaos auf den Energiemärkten kommt.

Hier geht's zum Antrag "Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen – Zeitnah wirksam und gerecht entlasten": <https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000725.pdf?fbclid=IwAR1w5MIx57HpMAcsAh-TAma3djFNspVwBr8cp1tlxstWluUN8AnV83Cfymk>.

22 VORSCHLÄGE

**UM DIE EXPLODIERENDEN
ENERGIEPREISE ZEITNAH,
WIRKSAM UND GERECHT
ZU BEKÄMPFEN.**

CDU  CSU

KfW-Förderbescheide für den Wahlkreis Göppingen

Je höher die Energiepreise sind, umso wichtiger wird das Thema "energieeffizientes Bauen und Wohnen". Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat im Jahr 2021 viele Bürgerinnen und Bürger, sowie Unternehmen und Gemeinden im Kreis Göppingen unterstützt. Insgesamt 190,1 Millionen Euro flossen in den Wahlkreis Göppingen. 122,3 Mio. Euro davon erhielten Privatpersonen, 65,5 Mio. Euro flossen in Unternehmen und die mittelständische Wirtschaft.

Im Bereich Mittelstand sind insbesondere die Schnellkredite und KfW-Unternehmerkredite herzuheben. Diese beliefen sich auf 31,2 Mio. Euro. Auch Gründerkredite hat es in Höhe von 11,1 Mio. Euro gegeben. Ein Zeichen, dass der schwäbische Unternehmergeist im Kreis Göppingen auch in der Corona-Pandemie Bestand hat! Bei den privaten Kunden fällt das Baukindergeld und der Bereich energieeffizientes Bauen ins Auge. Die Baukindergeld-Zuschüsse für den Wahlkreis Göppingen belaufen sich laut der Aufstellung der KfW für den Kreis Göppingen auf 6,6 Mio. Euro. Energieeffizientes Bauen fällt mit 44,5 Mio. Euro ins Gewicht, aber auch energieeffizientes Sanieren und Zuschüsse zu privater Ladeinfrastruktur kommen gut an.

Die starke Nachfrage der Fördermittel sind ein wichtiges Signal. Die praxisorientierte Hilfe kommt vor Ort gut an – bei Studenten, Familien, Unternehmensgründern aber auch etablierten Unternehmen im Kreis. Für viele Familien ist die KfW-Förderung der Schlüssel zur Möglichkeit, den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen.

Umso unverständlicher ist daher, dass der Wirtschaftsminister die Förderung für Effizienzhäuser im Januar vorzeitig gestoppt hatte. Auch wenn die Zuschüsse nun wieder beantragt werden können, bleibt die Strategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unklar. Der Haushaltsausschuss des Bundestages bewilligte 9,5 Milliarden für die Bundesförderung für effiziente Gebäude, jedoch werden beim Neubauförderprogramm nach der Effizienzhaus-Stufe 55 (EH55) nur noch Altanträge abgearbeitet.



HERMANN FÄRBER
Mitglied des Deutschen Bundestages

KfW-FÖRDERKREDITE FÜR DEN WAHLKREIS GÖPPINGEN IM JAHR 2021

Insgesamt 190,1 Millionen Euro wurden in den Kreis Göppingen ausgezahlt.

Privatpersonen erhielten 122,3 Millionen Euro

65,5 Millionen Euro flossen in Unternehmen und die mittelständische Wirtschaft aus meinem Wahlkreis.

Daniel Gimmer, Pulswerk GmbH

Für die strengere Effizienzhaus-Stufe 40 wird noch an einem neuen Förderprogramm gearbeitet, das jedoch bis zum Jahresende befristet und auf eine Milliarde Euro gedeckelt sein soll, so die Ministerien für Bau und Wirtschaft.

Die Zukunft für ein Anschlussprogramm ab 2023 bleibt weiterhin offen, sie soll laut Klimaminister Habeck neu ausgerichtet werden. Man kann nur hoffen, dass dieses neue Programm dann endlich Planungssicherheit und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen wird.



Um die Zukunft der Tierhaltung in Deutschland ging es diese Woche bei einem meiner vielen Gesprächstermine am Rande der Sitzungswoche. So habe ich unter anderem mit Neuland - Fleisch aus ehrlicher Herkunft Zukunftsperspektiven für Tierhalter erörtert, die steigenden Ansprüchen des inländischen Marktes gerecht werden müssen. Danke für den konstruktiven Austausch!



Der Reichstag mit wehenden Fahnen und bei Vollmond - der Sturm war auch in Berlin sehr heftig.



Impressionen der Bundesversammlung



Der frisch gewählte Bundespräsident.
Bild: Tobias Koch.



Gespräche mit MdB Nina Warken am Rande der Bundesversammlung.
Bild: Tobias Koch.



Das Paul-Löbe-Haus des Bundestages während der Veranstaltung. Alles auf Abstand und unter strengen Corona-Vorsichtsmaßnahmen.
Bild: Tobias Koch.



Die baden-württembergische Delegation.

Sitzungswochen in Berlin

14. - 18. Februar 2022

14. - 18. März 2022

Digitale Termine

22. Februar 2022: Politischer Wintertreff des CDU-Kreisverbands

24. Februar 2022: Konstituierende Sitzung des Parlamentskreises Kulturgut Alleen

04. - 05. März 2022: Veranstaltung der Akademie Bad Boll - Regionale Wertschöpfung in der Landwirtschaft

Sonstiges

12. - 13. Februar 2022: Bundesversammlung und Wahl des neuen Bundespräsidenten

23. Februar 2022: Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in Süßen

08. März 2022: BVMW-Unternehmerlunch: "Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland"

11. März 2022: Energy for Waste Veranstaltung im Müllheizkraftwerk Göppingen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de